Belorussisches Museum in Leimen

RNZ 11.7.82

Aus Privatsammlung entstanden – Vertrag mit Stadtverwaltung

Der Leimener Bürger Georg Popko hat es sich zur Lebensaufgabe gemacht, in Leimen ein Museum einzurichten, das an seine Heimat Weißrußland erinnert. In einer privaten Sammlung hat er historische Gegenstände aus seiner Heimat, Reproduktionen von Wappen und Gebrauchsgegenständen sowie belorussische Literatur zusammengetragen. Breiten Raum nimmt das seit 1945 entstandene Schrifttum ein.

Belorußland ist in unserem Sprachgebrauch weitgehend als Weißrußland bekannt. Es liegt zwischen Polen, Rußland, dem Baltikum und der Ukraine. Weitgehend unbekannt ist, daß die Belorussen eine eigene Sprache, eine eigene Kultur aber auch eine tragische Geschichte als Grenzland zwischen Europa und Asien hatten. Nach der Vertreibung kam Georg Popko wie viele seiner Landsleute in den Westen. Viele weitere Landsleute sahen die Bundesrepublik nur als Zwischenstation an und wanderten später nach Australien, den USA und Kanada aus. Mit diesen steht Georg Popko heute noch in enger Verbindung, was die vielen Briefe bezeugen, die Georg Popko aus aller Welt bekommt.

Als die Sammlung immer mehr anwuchs, erwog Georg Popko ein Museum in einer Eigentumswohnung in St. Ilgen einzurichten, um der Nachwelt aufzuzeigen, daß der Welt ein Volk verschwiegen wird, das jahrhundertelang seine Selbständigkeit erhalten hatte. Georg Popko schloß mit der Stadt Leimen einen Vertrag, der gewährleisten soll, daß einmal das Museum bald seine Pforten öffnen kann, zum anderen aber auch spätere Zeiten überdauert.

Zwischenzeitlich hat sich um Georg Popko ein Arbeitskreis gebildet, dem auch Hans Benz angehört, der in Kreisen Leimener Heimatforscher kein Unbekannter ist. In verschiedenen Aufrufen hat er sich an seine deutschen Freunde und an seine im Ausland lebenden Landsleute gewandt, um seine Sammlung weiter zu vervollständigen.

Viele Dankschreiben, insbesondere aus England, Amerika und Australien an die Stadtverwaltung Leimen und ihren Bürgermeister Herbert Ehrbar zeigen, daß die Einrichtung des belorussischen Museums nicht nur in Leimen, sondern weit darüberhinaus Aufmerksamkeit gefunden hat. Die Stadt Leimen hat in den zurückliegenden Tagen als Zeichen der engen Verbundenheit Herrn Popko einen Platz auf dem Waldfriedhof St. Ilgen zur Errichtung eines Gedenksteines für die von 1939 bis 1945 gefallenen Belorussen zur Verfügung gestellt. Der Gedenkstein trägt die Aufschrift: „Gewidmet den gefallenen Belorussen 1939 und 1945".

RNZ 11.7.82

Warten auf den Wehrdienst

In der Öffentlichkeit wird viel über Sinn und Unsinn von Bundeswehr und Wehrpflicht diskutiert. Unser Problem hängt mit der Wehrpflicht zusammen, denn wir sind fünf wehrpflichtige Abiturienten. Gemustert und für tauglich befunden, teilte man uns mit, daß wir bis zum 30. 6. 82 zurückgestellt würden, unsere Einberufung sei zum 1. 7. 82 vorgesehen. Ein Studium oder eine Ausbildung vor der Ableistung des Grundwehrdienstes anzutreten, sei nicht möglich, eine weitere Rückstellung zu diesem Zweck ausgeschlossen.

Diese Handlungsweise des Kreiswehrersatzamtes entspricht den zur Zeit geltenden Einberufungsverordnungen, wonach Wehrpflichtige, die die Reifeprüfung abgelegt haben, unmittelbar nach Beendigung des Schuljahres einzuberufen sind. So weit, so gut. Wir verzichteten also darauf, Ferienjobs anzunehmen oder groß in Urlaub zu fahren, und beschlossen, die fünf Wochen zwischen Abitur und Einberufung zu Hause abzuwarten.

Gegen Mitte Mai, wir warteten bereits auf die Einberufungen, erhielten wir dann vorgedruckte Benachrichtigungen des Kreiswehrersatzamtes, aus denen wir erfuhren, daß wir für den 1. Juli nur als Ersatz für unvorhergesehene Ausfälle (lt. § 13, Abs. 4 der Musterungsverordnung) eingeplant seien. Auf nähere Anfrage hin teilte man uns mit, daß es höchst unwahrscheinlich sei, daß wir vor dem 4. 10., dem folgenden Einberufungstermin, eingezogen würden.

Unsere Lage ist nun folgende: Vor uns liegen 4 Monate Wartezeit, für die praktisch keine Arbeit mehr zu finden ist, d. h. wir liegen in dieser Zeit unseren Eltern auf der Tasche. Desweiteren verschiebt sich wahrscheinlich unsere Entlassung aus der Bundeswehr so, daß eine weitere Wartezeit von 3 bis 9 Monaten – je nach weiterer Ausbildung – entsteht; denn wer kann schon zum 1. Januar 1984 eine Ausbildung oder ein Studium beginnen? Wir verlieren also voraussichtlich durch die Planung der Bundeswehrverwaltung zu unseren 15 Monaten Wehrdienst jeweils noch bis zu einem vollen weiteren Jahr.

Wir sehen die Notwendigkeit eines Wehrdienstes ein, wir sehen auch ein, daß zur Zeit geburtenstarke Jahrgänge zur Einberufung anstehen. Wir sehen aber nicht ein, daß man für diesen Fall keine bessere Lösung gefunden hat, z. B. die Fortsetzung der Ausbildung gleich nach dem Abitur und die Einberufung erst nach Abschluß der Ausbildung. Zumindest wäre aber wohl eine rechtzeitige und klare Benachrichtigung durch das Kreiswehrersatzamt zu erwarten gewesen und keine verschwommene und unklare Mitteilung.

Über eine eventuell noch mögliche Einberufung als Ersatz für jemanden, der schließlich gar keinen Ersatz gebraucht hat. Die einzige Auswirkung dieser Hinhaltetechnik ist, daß man bis kurz vor dem ursprünglich vorgesehenen Einberufungstermin keine Ahnung hat, was denn nun mit einem passiert.

Das Problem, daß man in Zeiten eines Überangebots an Wehrpflichtigen Abiturienten mehrere Monate Arbeitslosigkeit ohne Unterstützung zumutet, betrifft nicht nur uns. Wir kennen noch etliche andere Fälle. Der Rat, den man uns auf dem Kreiswehrersatzamt gab, nämlich uns an Herrn Apel zu wenden, wird da wohl wenig ändern, trotzdem haben wir ihn befolgt.

Die Freude am Wehrdienst wächst durch derartige Maßnahmen der Bundeswehr nicht. Allmählich kommt man sich als Wehrdienstleistender – den Zivildienstleistenden sowieso in mancher Hinsicht benachteiligt – wie ein Trottel der Nation vor, den man je nach Belieben hin und her schiebt.

Peter Filsinger, Wolfgang Krauth, Michael Rensch, Andreas Bähr, Michael Durst, Leimen/Nußloch.

Mehr Freiraum

Leimen. Den einzelnen Schulen mehr Freiraum zu gewähren, sei ein Hauptziel der Landesregierung von Baden-Württemberg. So leitete Ministerialrat Fürniss bei der Jungen Union in Leimen ein Referat ein. Die Geschichte der Schule sei immer eine Geschichte der Reformen. Diese Reformen hätten meist auch langanhaltende Folgen. Dadurch werden Erfolg oder Mißerfolg einer Veränderung auch erst sehr spät sichtbar. Aus dieser Erkenntnis heraus habe es in Baden-Württemberg auch keine Reformwut gegeben. Man habe bewußt das gegliederte Schulwesen beibehalten und sich gegen Mammutgesamtschulen ausgesprochen. Die Schule ist und bleibe ein wichtiger Bestandteil des Lebens einer Gemeinde, daher haben auch kleinere Schulen eine Existenzberechtigung ebenso in Zukunft, sagte Fürniss. Kritisch setzte sich Fürniss auch mit der Oberstufenreform an Gymnasien auseinander. Der Bauchladen der Oberstufenreform sollte zugunsten breiterer Allgemeinbildung durchforstet werden. Das Gymnasium dürfe keine Universität werden. G.K.

Tageblatt 12.7.82